



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Fortentwicklung des Bildungswesen im Rahmen der Föderalismusreform

Drucksache 16/868

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die erzielten Ergebnisse der Föderalismusdiskussion im Bildungsbereich.

Insbesondere ist die Streichung des strikten so genannten „Kooperationsverbotes“ (Artikel 104 b Abs. 1 Satz 2 neu GG-E) sinnvoll, um finanzielle Hilfen des Bundes im Bereich des Hochschulwesens zu ermöglichen, damit in erster Linie den zukünftig ansteigenden Studierendenzahlen begegnet werden kann.

Sylvia Eisenberg
und Fraktion

Jürgen Weber
und Fraktion